

# Statuskonsum in Ost- und Westdeutschland: Beeinflusst durch das politische Regime?<sup>1</sup>

Tim Friehe und Mario Mechtel\*

## 1. Einleitung

Ein erheblicher Teil der ökonomischen Forschung widmet sich der Frage, wie Institutionen auszugestalten sind, um sozial optimale Ergebnisse für unveränderliche individuelle Präferenzen der Individuen zu erreichen. In den letzten Jahren mehren sich die Studien, die zeigen, dass Institutionen auch Rückwirkungen auf individuelle Präferenzen haben können und somit potenziell nachhaltig (d. h. selbst nach Außerkraftsetzung) das Verhalten des Einzelnen beeinflussen. Die deutsche Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg und die Wiedervereinigung im Jahr 1990 bieten eine gute Möglichkeit zu überprüfen, ob die persönliche Erfahrung mit einem politischen Regime nachweisbar dauerhafte Spuren im Verhalten von Menschen hinterlässt. Wie wir in Abschnitt 2 dieses Artikels darstellen werden, waren beide Bevölkerungsteile vor der Trennung recht homogen. Verhaltensunterschiede zwischen west- und ostdeutschen Bürgern nach der Wiedervereinigung lassen sich daher mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Erfahrung mit unterschiedlichen politischen Institutionen zurückführen. Die zwei Jahrzehnte seit dem Fall der Berliner Mauer bieten darüber hinaus die Möglichkeit zu untersuchen, ob etwaige Verhaltensunterschiede persistent über die Zeit sind, obwohl sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland wieder vergleichbaren Institutionen gegenüber sehen.

Mehrere Forscher haben das „natürliche Experiment“, das die Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands darstellt, bereits ausgenutzt, um mögliche Unterschiede beispielsweise hinsichtlich Steuermoral, Umverteilungspräferenzen, Geschlechterrollen, Solidarität und Vertrauen in Institutionen zu untersuchen [ALESINA und FUCHS-SCHÜNDELN (2007), BAUERNSCHUSTER und RAINER (2012), BROSIG et al. (2011), BURCHARDI und HASSAN (2011), CORNEO 2001, CORNEO und GRÜNER (2002), RAINER und SIEDLER (2009), TORGLER (2003)]. So finden ALESINA und FUCHS-SCHÜNDELN (2007), dass Ostdeutsche ein höheres Maß an Umverteilung gut heißen und dass sich die Lücke in der Zustimmung zu mehr Umverteilung seit der Wiedervereinigung zwar verringert hat, aber noch nicht geschlossen ist. RAINER und SIEDLER (2009) berichten, dass Individuen in Ostdeutschland weniger Vertrauen in Institutionen und andere Personen aufweisen. Im Hinblick auf die Steuermoral nach der Wiedervereinigung findet TORGLER (2003) erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Seine Ergebnisse zeigen, dass die Steuermoral im Osten

signifikant höher war als im Westen. In den Jahren nach der Wiedervereinigung ist diese Lücke verschwunden und die Werte in Ostdeutschland haben sich denen in Westdeutschland angeglichen.

Vor diesem Hintergrund haben wir in einer aktuellen Studie [FRIEHE und MECHTEL (2014)] untersucht, ob sich nach der Wiedervereinigung die Ausgaben für Statusgüter zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Aktuelle Forschungsergebnisse [z.B. ALPIZAR et al. (2005), CARLSSON et al. (2007), CLARK et al. (2008), CLARK und SENIK (2010), HILLESHEIM und MECHTEL (2013)] belegen, dass Individuen im Allgemeinen sehr statusbedacht sind und dazu neigen, sich mit anderen in vielerlei Hinsicht zu vergleichen. Ein wichtiges Vergleichsmaß stellt dabei das Einkommen dar. In der Regel ist dieses jedoch für Außenstehende schwer zu beobachten. Für Individuen bestehen allerdings Möglichkeiten, ihren Verdienst anderen gegenüber zu signalisieren. Eine derartige Signalmöglichkeit bietet der Erwerb von Konsumgütern, die (1) tendenziell häufiger von wohlhabenden Personen erworben werden und (2) gut beobachtbar sind. Luxusautos sind eine Kategorie von Gütern, die diese beiden Anforderungen sehr gut erfüllen [KUHN et al. (2010), WINKELMANN (2012)]. Die Idee, dass bestimmter Konsum erfolgt, um anderen den eigenen relativen Status zu signalisieren, lässt sich unter dem Begriff „conspicuous consumption“ auf VEBLEN (1899) zurückführen.

Wenn sich die unterschiedlichen Regime in der DDR und BRD nicht auf die Präferenzen ausgewirkt haben, sollten mit Blick auf das Ausgabeverhalten ost- und westdeutscher Haushalte nach der Wiedervereinigung keine Unterschiede bezüglich Statusgütern erkennbar sein (wenn Unterschiede in weiteren Einflussgrößen wie z.B. Einkommen, sozioökonomische Charakteristika und Bildungsniveau der betrachteten Individuen berücksichtigt werden). Falls die politischen Institutionen die Präferenzen beeinflusst haben, sind prinzipiell zwei mögliche Wirkungsrichtungen vorstellbar.

Haushalte in Ostdeutschland könnten aufgrund der in der Vergangenheit eingeschränkten Konsummöglichkeiten mehr Wert auf Statuskonsum legen, da sie über einen längeren Zeitraum nicht die Möglichkeit hatten, entspre-

\* Prof. Tim Friehe ist Professor für Law and Economics am Center for Advanced Studies in Law and Economics (CASTLE) an der Universität Bonn. Dr. Mario Mechtel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union (IAAEU) an der Universität Trier.

chende Einkommenssignale zu senden. Die Studien von ALESINA und FUCHS-SCHÜNDELN (2007) sowie CORNEO (2001) zeigen, dass Ostdeutsche ökonomischen Erfolg weniger dem Faktor Glück zuschreiben als Westdeutsche und mehr an die Wichtigkeit „harter Arbeit“ glauben. Wenn nun in der Wahrnehmung der Bevölkerung Unterschiede im ökonomischen Erfolg (gemessen am Einkommen) verstärkt durch Unterschiede in den individuellen Fähigkeiten oder dem Anstrengungsniveau erklärt werden, wäre dies ein weiterer Grund für Menschen in Ostdeutschland, verstärkt Statusgüter zu konsumieren.

Aus theoretischer Sicht lässt sich jedoch auch in die Gegenrichtung argumentieren. Gleichheit war in der DDR ideologisch von großer Bedeutung. Zudem zeigt ein Vergleich der Einkommensverteilungen von Universitätsabsolventen in der DDR und der BRD, dass die Ungleichheit in der DDR erheblich geringer war [SCHÄFGEN (1998)]. Wenn die Einwohner der ehemaligen DDR die Betonung der Gleichheit (teilweise) internalisiert hätten, hätten sie geringere Anreize, über Statusgüter ein hohes Einkommen zu signalisieren.

Im weiteren Verlauf dieses Artikels werden wir die theoretische Frage, welche Richtung etwaige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland aufweisen, empirisch untersuchen. Zunächst widmen wir uns allerdings kurz der Vergleichbarkeit zwischen Individuen in Ost und West vor der deutschen Teilung, um unseren gewählten Analyseansatz zu plausibilisieren.

## 2. Empirische Untersuchungsstrategie

Eine saubere Analyse der Auswirkungen politischer oder anderer Institutionen auf Präferenzen unterliegt drei wichtigen Anforderungen. Erstens muss sich die Analyse auf eine Gruppe von Individuen stützen, die zunächst durch vergleichbare Charakteristika gekennzeichnet sind und anfangs den gleichen (hier insbesondere: politischen) Institutionen unterliegen. Zweitens muss ein Teil dieser Gruppe von vergleichbaren Individuen dann über einen bestimmten Zeitraum anderen Institutionen unterworfen sein. Die Zuordnung der Individuen auf die unterschiedlichen Institutionen muss drittens zufällig erfolgen, d.h. insbesondere auch, dass die Individuen sich ihre Institutionen nicht selbst aussuchen dürfen. Nur wenn diese drei Voraussetzungen erfüllt sind, lässt sich aus einem beobachteten Unterschied im Konsumverhalten zwischen den beiden Gruppen schließen, dass dieser durch die unterschiedlichen Institutionen induziert wurde. Die zweite und dritte Anforderung sind in unserer Betrachtung offenkundig erfüllt. Einerseits waren die beiden politischen Regime in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich, andererseits ist die Einführung der unterschiedlichen poli-

tischen Regime (und insbesondere die Aufteilung in verschiedene Sektoren) auf die Verhandlungen zwischen den Besatzungsmächten zurückzuführen [vgl. BURCHARDI und HASSAN (2013)].<sup>2</sup> Die erste Anforderung lässt sich hingegen schwer überprüfen, da keine detaillierten Daten zu den relevanten Charakteristika der Individuen in Ost- und Westdeutschland (z. B. über das Konsumverhalten ost- und westdeutscher Haushalte vor der Teilung) vorliegen. Eine Reihe von Autoren argumentieren allerdings auf Basis von Daten zu Einkommen, Bevölkerungsdichte, Verteilung der Arbeitnehmer auf verschiedene Wirtschaftssektoren und Wahlergebnisse, dass die Bevölkerungen in Ost- und Westdeutschland in Zeiten der Weimarer Republik und vor der deutschen Teilung vergleichbare Charakteristika aufwiesen [ALESINA und FUCHS-SCHÜNDELN (2007), HUBERT (1998), RAINER und SIEDLER (2009), SCHÄFGEN (1998), WOLF (2009)]. Auf Basis dieser Ausführungen interpretieren wir im Folgenden bestehende Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland als Folge der unterschiedlichen politischen Institutionen.

## 3. Daten

Die Untersuchung stützt sich auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des STATISTISCHEN BUNDESAMTS. Dieser Datensatz wird alle fünf Jahre zusammengestellt und ist repräsentativ für Deutschland. Eine wichtige Rolle kommt der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beispielsweise im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung sowie für die Berechnung des Regelsatzes im Rahmen der Grundsicherung zu. Des Weiteren werden die Daten auch für die Neufestsetzung des Wägungsschemas der Verbraucherpreisstatistik verwendet. Die teilnehmenden Haushalte liefern Informationen über soziodemografische Eigenschaften des Haushalts, ihre Einkunftssituation sowie eine detaillierte Aufgliederung der gesamten Ausgaben. Wir nutzen für die empirische Analyse die EVS 1993, 1998, 2003 und 2008. Die EVS 1993 mit Informationen von 40.230 Haushalten ist die der Wiedervereinigung zeitlich am nächsten gelegene Befragung und bietet daher am ehesten Potenzial, durch politische Institutionen getriebene Unterschiede in den Ausgaben für statusrelevante Güter zu identifizieren. Der Einbezug der Folgewellen erlaubt uns zu prüfen, ob etwaige identifizierte Unterschiede persistent sind. Insgesamt fußt unsere Untersuchung auf einer Stichprobe von 176.751 Haushalten.

Die Definition der Güter mit Statuswirkung ist ein bedeutender Schritt in unserer Analyse. Um in dieser Hinsicht transparent über Ergebnisse berichten zu können, verwenden wir vier verschiedene Definition von Statusgütern (vgl. Tab. 1). Da Studien gezeigt haben, dass Vergleiche insbesondere im direkten persönlichen Umfeld

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

Kategorie	Basisdefinition	Mittlerer Korb	Charles et al. (2009)	Heffetz (2011)
KFZ (neu/gebraucht), Motorräder, Fahrräder, Wasserfahrzeuge, Flugzeuge	X	X	X	X
Schuhe	X	X	X	X
Kleidung (Damen, Herren, Kinder, Babies), Hand- und Schultertaschen	X	X	X	X
Schmuck, Uhren	X	X	X	X
Haut- und Körperpflege	X	X	X	
Strumpfwaren, Kopfbedeckungen	X	X		
Zahnbehandlungen und -prothesen	X	X		
Möbel	X	X		X
Hochwertige Haushaltsgeräte	X	X		X
Telefon, Fernseher, HiFi, Kameras	X	X		X
Kunstgegenstände, Musikinstrumente, Sport- und andere Freizeitgüter	X			X
Konsum in Gaststätten	X			X
Urlaubsreisen	X			

Quellen: Charles et al. (2009), Heffetz (2011) und eigene Darstellung in Anlehnung an Friehe und Mechtel (2014).

(Familie, Freunde, Arbeitskollegen) eine Rolle spielen [ANDERSON et al. (2012), CLARK und SENIK (2010), SENIK (2009)], bezieht der von uns präferierte Güterkorb auch eine Reihe von Gütern ein, die besonders in diesen Interaktionen eine Rolle spielen (beispielsweise Möbel und Unterhaltungselektronik im Haushalt). Zusätzlich verwenden wir zwei Güterkörbe, die sich aus den Studien von CHARLES et al. (2009) sowie HEFFETZ (2011) ergeben. Unser „mittlerer Korb“ (Spalte 2) stellt einen Mittelweg zwischen unserer eigenen, recht breiten Definition und dem sehr engen Korb von CHARLES et al. (2009) dar.

#### 4. Ergebnisse

Die Ausgaben eines Haushalts für Statusgüter werden selbstverständlich durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren bestimmt. Als erklärende Variablen verwenden wir in un-

seren ökonomischen Modellen daher außer den für uns zentralen Ost-Variablen das Haushaltseinkommen, die gesamten Konsumausgaben des Haushalts, Charakteristika der Haushaltszusammensetzung (Anzahl der Erwachsenen und der Kinder), die Urbanität des Wohnortes, die Ersparnisse des Haushalts<sup>3</sup>, Informationen zu Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Ausbildungsstand und Erwerbsstatus des Haushaltsvorstandes sowie zur Einkommensverteilung in dem jeweiligen Bundesland. Unsere empirische Analyse ermöglicht uns, Unterschiede in den Haushaltscharakteristika zwischen Ost- und Westdeutschland herauszufiltern, um den eigentlichen, durch die politischen Institutionen hervorgerufenen Effekt zu isolieren.

Im Mittelwert betragen die Ausgaben eines Haushalts für Statuskonsum 9.000 € pro Jahr.<sup>4</sup> Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Ausgaben für statusrelevante Konsumgüter in ostdeutschen Haushalten deutlich höher ausfallen, obwohl das Niveau der Gesamtausgaben eines

Haushalts für Konsum in Ostdeutschland nicht höher ist als das in Westdeutschland. Wie Abbildung 1 zeigt, waren die Ausgaben für Statuskonsum in Ostdeutschland im Jahr 1993 deutlich höher als in Westdeutschland. Die Lücke betrug etwas mehr als 29%.<sup>5</sup> Diese erhebliche Lücke hat sich im Verlauf der Zeit sukzessive verringert. Unsere Regressionsergebnisse zeigen allerdings, dass auch im Jahr 2008 noch ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland bestand, der auch im Niveau beachtlich war. So lagen die Ausgaben für Statuskonsum in den ostdeutschen Bundesländern fast zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch um gut acht Prozent höher als im Westen.

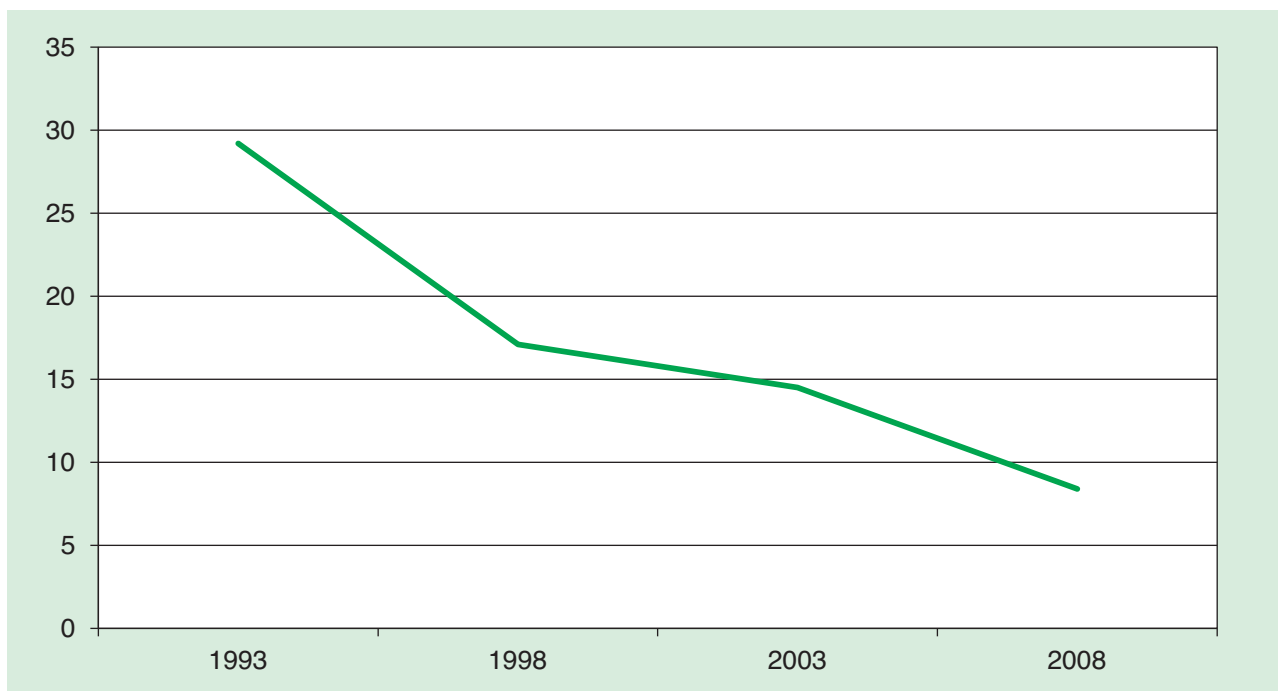
Inwieweit lassen sich die bisherigen Resultate wirklich als Auswirkung der unterschiedlichen politischen Institutionen der DDR und der BRD interpretieren? Zur Beantwortung dieser Frage werfen wir einen genaueren Blick auf die einzelnen ostdeutschen Bundesländer. Sollte die Ost-West-Lücke durch die Institutionen begründet sein, so sollten die erheblichen Unterschiede gegenüber den westdeutschen Bundesländern nicht nur vereinzelt, sondern in jedem einzelnen ostdeutschen Bundesland auftreten. Zur Überprüfung dieses Sachverhalts haben wir eine weitere ökonomische Analyse vorgenommen, in der wir den Effekt für die einzelnen ostdeutschen Bundesländer unterscheiden können. Die Resultate zeigen ein sehr ähnliches Muster für alle ostdeutschen Länder. In jedem Bundesland war der Unterschied zum Durchschnitt der West-

länder im Jahr 1993 besonders stark ausgeprägt, wie sich in Abbildung 2 erkennen lässt. Über die Zeit hinweg lässt sich für alle Länder eine Verringerung der Lücke erkennen. Allerdings schloss sich diese Lücke für kein Bundesland bis 2008 komplett, sodass die Ausgaben für Statusgüter knapp zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung in allen ostdeutschen Bundesländern signifikant höher waren als im Durchschnitt in Westdeutschland. Die größte Lücke bestand in Thüringen (11,6%), der geringste Unterschied war in Ost-Berlin (6%) zu verzeichnen.

Interessant ist weiterhin zu überprüfen, inwieweit die Länge der Erfahrung mit den politischen Institutionen der DDR die Intensität der gemessenen Effekte verändert. Zu diesem Zweck haben wir zusätzlich eine kohortenspezifische Analyse vorgenommen, in der wir zwischen den Geburtsjahrgängen bis 1930, zwischen 1931 und 1945, 1946 und 1965, 1966 und 1975 sowie ab 1976 unterscheiden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Ausgaben für statusrelevanten Konsum durchgängig für alle Kohorten im Osten höher sind als im Westen. Der Unterschied ist jedoch für die älteren Haushalte größer als für die jüngeren. Je länger ein Haushalt die politischen Institutionen in der ehemaligen DDR erlebt hat, desto stärker ist demnach der hier fokussierte Effekt auf seine Präferenzen.

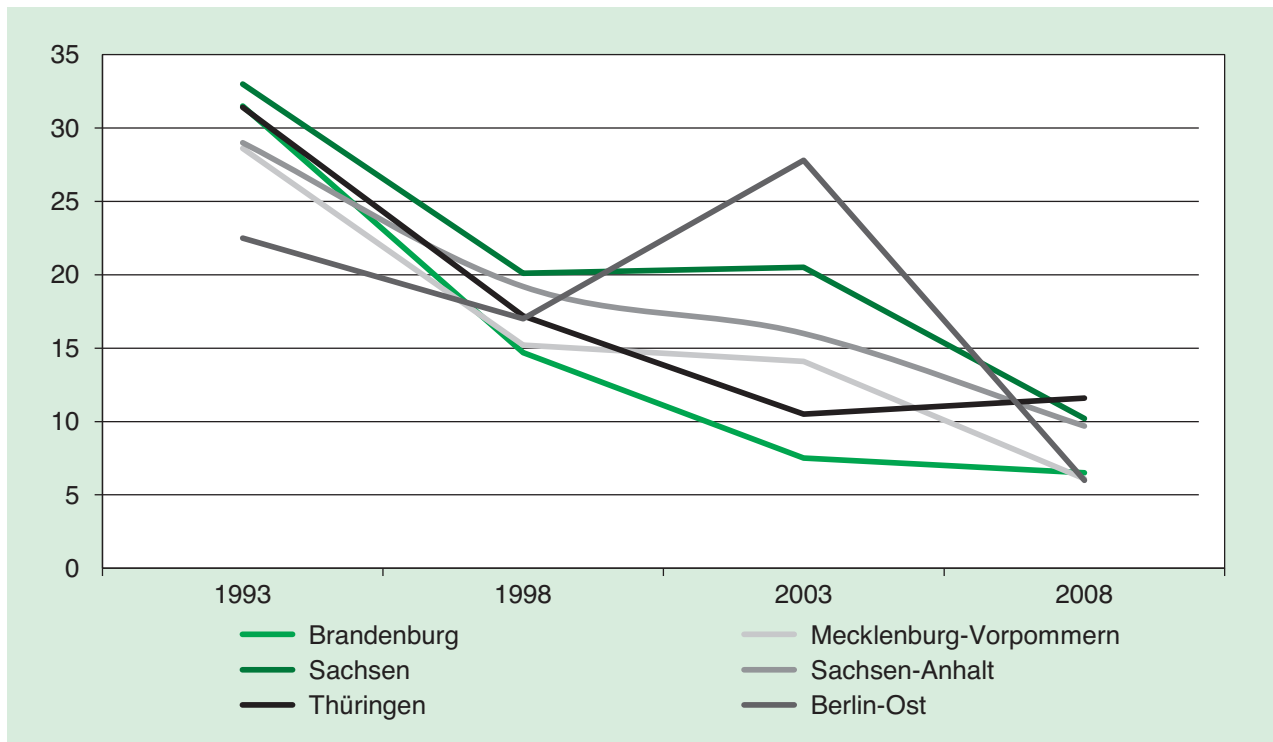
Unsere Ergebnisse sind unabhängig vom als statusrelevant betrachteten Warenkorb. Qualitativ und quantitativ ähneln die Resultate bei Verwendung der alternativen Warenkörbe aus Tabelle 1 stark den oben präsentierten.

**Abbildung 1: Entwicklung der prozentualen Lücke in den Ausgaben für Statuskonsum von Haushalten in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung**



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

**Abbildung 2: Entwicklung der prozentualen Lücke in den Ausgaben für Statuskonsum von Haushalten in den einzelnen ostdeutschen Bundesländern und dem West-Durchschnitt seit der Wiedervereinigung**



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Ebenso bleiben die Resultate unverändert, wenn zusätzlich die Arbeitslosenquote in dem jeweiligen Bundesland, in dem ein Haushalt angesiedelt ist, berücksichtigt wird. Dies gilt auch bei Anwendung alternativer ökonomischer Modelle, die die Robustheit unserer Resultate überprüfen und auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden soll. Das erhebliche Ausmaß der auch noch 2008 bestehenden Lücke macht es unwahrscheinlich, dass sich die Ergebnisse hauptsächlich durch eine Art Aufholeffekt auf Seiten der ostdeutschen Bevölkerung erklären lassen. Insbesondere sind Aufholeffekte für einen signifikanten Teil unseres Warenkorbs (z. B. Schuhe, Kleidung) nur begrenzt zu erwarten. Für andere Güter wie z. B. neue oder gebrauchte Automobile, finden sich in den Daten Belege für Aufholeffekte, die bereits zwischen der Wiedervereinigung und der ersten EVS-Welle zu beobachten sind. So beträgt der Anteil der ostdeutschen Haushalte, die sich zwischen 1990 und 1992 ein fabrikneues Auto gekauft haben, gut 77 % (West: 53 %). Die EVS-Daten aus 1993 zeigen, dass sich dieses Bild auch für Gebrauchtwagen bestätigt. Während knapp 90 % der ostdeutschen Haushalte zwischen 1990 und 1992 ein gebrauchtes Kraftfahrzeug gekauft haben, betrug der Anteil im Westen 53 %. Auch wenn die beobachteten Konsumausgaben direkt nach der Wiedervereinigung sicherlich in Teilen durch den Aufholprozess getrieben sind, erscheint es unwahrscheinlich, dass sich die erheblichen Unter-

schiede (die Statusausgaben eines ostdeutschen Haushalts lagen 2003 noch 14,5 % über denen eines vergleichbaren westdeutschen Haushalts) hauptsächlich durch Aufholeffekte erklären lassen.

## 5. Zusammenfassung und Fazit

Um die Frage zu beantworten, ob sich politische Institutionen auf die Präferenzen von Individuen bezüglich des Konsums von Statusgütern auswirken, haben wir uns des natürlichen Experiments der deutschen Teilung nach dem 2. Weltkrieg bedient. Die Analyse des Ausgabeverhaltens hat bedeutende Unterschiede zwischen Haushalten in Ost und West aufgezeigt. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung bestand eine erhebliche Lücke in den Ausgaben für statusrelevante Konsumgüter zwischen Ost und West. Dieser große Unterschied hat sich im Zeitverlauf von fast 30 % auf gut acht Prozent verringert. Dennoch lagen die Ausgaben ostdeutscher Haushalte auch etwa zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung signifikant über den Ausgaben vergleichbarer westdeutscher Haushalte.

Unsere Ergebnisse deuten erstens darauf hin, dass politische Institutionen Rückwirkungen auf individuelle Präferenzen (hier für Statuskonsumgüter) haben. Zweitens zeigen unsere Untersuchungen, dass diese Wirkungen sehr persistent sind. Zwar hat sich das Konsumverhalten von

Haushalten in Ost- und Westdeutschland über die Zeit angeglichen. Dieser Prozess verlief allerdings recht langsam und war im Jahr 2008 noch nicht abgeschlossen. Die ausgeprägte Persistenz der Unterschiede deutet darauf hin, dass soziale Normen eine wichtige Rolle für die Beeinflussung von Präferenzen durch politische Institutionen spielen. Sobald bestimmte, aus der Wirkung von Institutionen stammende Werte in der Form sozialer Normen internalisiert sind, dauert es lange, bis die Effekte auch nach Abschaffung der politischen Institutionen nicht mehr erkennbar sind. Für diese Interpretation spricht insbesondere die Tatsache, dass es einen signifikanten Ost-West-Unterschied auch für Haushalte gibt, deren Haushaltsvorstände nach 1975 geboren wurden und die deshalb die politischen Institutionen der ehemaligen DDR nur noch im Heranwachsendenalter erlebt haben.

### Literatur

- ALESINA, A. und N. FUCHS-SCHÜNDELN (2007): Good-bye Lenin (or not?): The effect of Communism on People's Preferences. *American Economic Review* 97, S. 1507–1528.
- ALPIZAR, F., CARLSSON, F. und O. JOHANSSON-STENMAN (2005): How much do we care about absolute versus relative income and consumption? *Journal of Economic Behavior and Organization* 56, S. 405–421.
- ANDERSON, C., KRAUS, M. W., GALINSKY, A. D. und D. Keltner (2012): The local-ladder effect: Social status and subjective well-being. *Psychological Science* 23, S. 764–771.
- BAUERNSCHUSTER, S. und H. RAINER (2012): Political regimes and the family: how sex-role attitudes continue to differ in reunified Germany. *Journal of Population Economics* 25, S. 5–27.
- BROSIG, J., HELBACH, C., OCKENFELS, A. und J. WEIMANN (2011): Still different after all these years: Solidarity behavior in East and West Germany. *Journal of Public Economics* 95, S. 1373–1376.
- BURCHARDI, K. B. und T. A. HASSAN (2011): Soziale Kontakte und wirtschaftliches Wachstum. ifo Dresden berichtet 18, S. 25–26.
- BURCHARDI, K. B. und T. A. HASSAN (2013): The economic impact of social ties: Evidence from German reunification. *Quarterly Journal of Economics* 128, S. 1219–1271.
- CARLSSON, F., JOHANSSON-STENMAN, O. und P. MARTISSON (2007): Do you enjoy having more than others? Survey evidence of positional goods. *Economica* 74, S. 586–598.
- CHARLES, K. K., HURST, E. und N. ROUSSANOV (2009): Conspicuous Consumption and Race. *Quarterly Journal of Economics* 124, S. 425–467.
- CLARK, A. E., FRIJTERS, P. und M. A. SHIELDS (2008): Relative income, happiness, and utility: An explanation for the Easterlin paradox and other puzzles. *Journal of Economic Literature* 46, S. 95–144.
- CLARK, A. E. und C. SENIK (2010): Who compares to whom? The anatomy of income comparisons in Europe. *Economic Journal* 120, S. 573–594.
- CORNEO, G. (2001): Inequality and the state: Comparing U.S. and German preferences. *Annales d'Economie et de Statistique* 63-64, S. 283–296.
- CORNEO, G. und H. P. GRÜNER (2002): Individual preferences for political redistribution. *Journal of Public Economics* 83, S. 83–107.
- FRIEHE, T. und M. MECHTEL (2012): Conspicuous Consumption and Communism: Evidence from East and West Germany. *European Economic Review* 67, S. 62–81.
- HEFFETZ, O. (2011): A test of conspicuous consumption: Visibility and income elasticity. *Review of Economics and Statistics* 93, S. 1101–1117.
- HILLESHEIM, I. und M. MECHTEL (2013): How much do others matter? Explaining positional concerns for different goods and personal characteristics. *Journal of Economic Psychology* 34, S. 61–77.
- KUHN, P., KOOREMAN, P., SOEVEN, A. und A. KAPTEYN (2011): The effects of lottery prizes on winners and their neighbors: Evidence from the Dutch postcode lottery. *American Economic Review* 101, S. 2226–2247.
- RAINER, H. und T. SIEDLER (2009): Does democracy foster trust? Evidence from the German reunification. *Journal of Comparative Economics* 37, S. 251–269.
- SCHÄFGEN, K. (1998): Die Verdoppelung der Ungleichheit. Sozialstruktur und Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik und in der DDR. Humboldt-University Berlin, Germany.
- SENIK, C. (2009): Direct evidence on income comparisons and their welfare effects. *Journal of Economic Behavior and Organization* 72, S. 408–424.
- TORGLER, B. (2003): Does culture matter? Tax morale in an East-West-German comparison. *FinanzArchiv* 59, S. 504–528.
- VEBLEN, T. (1899): *The Theory of the Leisure Class: Economic Study of Institutions*. New York: Random House.
- WINKELMANN, R. (2012): Conspicuous consumption and satisfaction. *Journal of Economic Psychology* 33, S. 183–191.

<sup>1</sup> Dies ist eine überarbeitete und aktualisierte Version des Textes „Unterschiedliche Präferenzen für Status in Ost- und Westdeutschland – Zum Einfluss politischer Regime auf individuelle Präferenzen“, erschienen am 12. Oktober 2012 auf [oekonomenstimme.org](http://oekonomenstimme.org).

<sup>2</sup> Nach Gründung der DDR gab es Abwanderung aus Ostdeutschland, die für manche Bevölkerungsgruppen (z. B. Intellektuelle) relativ groß ausfiel. Derartige Selbstselektion kann der prinzipiell zufälligen Auferlegung des politischen Regimes entgegenlaufen.

<sup>3</sup> Die Ersparnisse stehen dabei als ein Indikator für das Vermögen des Haushalts, da die Daten keine umfassenden Informationen diesbezüglich enthalten.

<sup>4</sup> Dieser Wert ergibt sich, wenn die Ausgaben der Haushalte in Euro umgerechnet und deflationiert werden (Basisjahr: 1993).

<sup>5</sup> Die hier angegebenen quantitativen Unterschiede in den Ausgaben für statusrelevante Konsumgüter von Haushalten in Ost- und Westdeutschland beziehen sich auf hinsichtlich der oben beschriebenen Kontrollvariablen ähnliche Haushalte.